

Antrag der Fraktion der CDU

Fürsorgepflicht für Polizeibeamte verbessern

Aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) geht hervor, dass die Zahl der Gewalttaten gegen Polizeibeamte im vergangenen Jahr in der Stadt Bremen um über 20 Prozent zugenommen hat. Bereits die Studie des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) zum Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“, bei der etwa 20.000 Be-
dienstete unter anderem Auskunft über Verletzungen im Dienst gegeben haben, zeigte, dass sich die Polizeibeamte zunehmend gewaltbereiten Personen gegenübersehen, die Polizeibeamte angreifen.

Bei Hausbesuchen aufgrund familiärer Streitigkeiten erlitten genauso viele Polizeibeamte schwere Verletzungen wie bei Demonstrationen und Einsätzen im Stadion zusammen. Laut der Studie des KFN wurden die Polizeibeamten oftmals beim Eintreffen an der Wohnungstür mit Flaschen oder Knüppeln empfangen. Die Zahl der schwer verletzten Polizeibeamten ist seit 2005 um 60 Prozent gestiegen.

Fast jeder zweite Streifenbeamte wird öfter im Dienst beleidigt, muss körperliche Attacken hinnehmen, wird mit Fäusten geschlagen oder mit Waffen angegriffen. Bei ganz alltäglichen Einsätzen, selbst bei Verkehrsunfällen, werden Polizisten unter Umständen von Gewaltexzessen überrascht, bespuckt oder bedroht.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- 1) alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um bei der Dienstausbübung geschädigte bzw. verletzte Polizeibeamten bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche gegenüber dem Täter bzw. den Tätern zu helfen,
- 2) innerhalb von sechs Monaten ein Konzept vorzulegen, wie Verbesserungen bei der Betreuung, beim Rechtsschutz und der Unfallfürsorge von bei der Dienstausbübung verletzten Polizeibeamte erreicht werden sollen und
- 3) dass im Rahmen der Ausbildung der Polizeianwärter eine qualifizierte Ausbildung in Selbstverteidigung durchgeführt und diese Ausbildung durch entsprechende

Weiterbildungen während der gesamten Dienstzeit der Polizeibeamten regelmäßig wiederholt wird.

Erwin Knäpper, Wilhelm Hinnens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU